
Aufklärung mit historischer Tiefendimension

Anton Schindling

Für die öffentliche Stellung der Geschichtswissenschaft als ein obligatorisches Schulfach und als eine gut ausgebaute Disziplin an den Hochschulen gibt es zwei prinzipielle Argumente:

1. das politische Argument: Geschichte dient der politischen Bildung in der Demokratie, indem sie ein Verständnis und Erklärungskapazitäten für das Gewordensein, die Leistungen und Gefährdungen von Phänomenen in Gesellschaft, Geistesleben und Kultur vermittelt.
2. das anthropologische Argument: Geschichte weckt Verständnis und entwickelt Erklärungskapazitäten für das Anderssein menschlicher Lebensordnungen und Lebensentwürfe in Vergangenheit und Gegenwart, indem sie deren Zustandekommen darstellt und in den Horizonten unterschiedlicher Menschenbilder verortet.

Seit der griechischen Antike ist die wissenschaftliche Geschichtsschreibung stets eine wichtige Form der Selbstreflexion in der europäischen Geistesgeschichte gewesen. Sie stand neben der Traditionspflege und Geschichtspolitik in den Gesellschaften, welche im Wesentlichen affirmativen Charakter hatten und von denen sie sich durch ihr kritisches Potenzial und ihr methodisches Vorgehen unterschied. Der Bezug auf Quellen und die Überprüfbarkeit der Argumente gemäß rationalen Regeln des Schlussfolgerns gehören ebenso zum unverzichtbaren Werkzeug des His-

torikers wie das Denken in chronologisch verknüpften Kausalzusammenhängen. Die Kontextualisierung von Ereignissen und Abläufen stellt ein unausweichliches Gebot wissenschaftlichen historischen Denkens dar, das freilich auch leicht den Vorwurf des Relativismus und der moralischen Beliebigkeit auf sich zieht.

Geschichte als Orientierungsfach für die Gegenwart

Der Standpunkt des Geschichtsschreibers muss immer mitbedacht werden. Die Forderung des Römers Tacitus, „sine ira et studio“ Geschichte zu schreiben, steht der gar nicht vermeidbaren Tendenzhaftigkeit von Geschichtswerken gegenüber, welche bereits in der Wahl ihres Themas, der Verwendung von Sprachbildern, Deutungsmustern und Metaphern stets auch Akzente setzen. Die Ansicht der Vergangenheit enthält immer auch eine Absicht für Gegenwart und Zukunft – ohne dies wäre Geschichte nur eine sinnlose und chaotische Ansammlung von willkürlichen Nachrichten aus vergangenen Zeiten. Jede Form von Geschichtsschreibung ist immer vom Heute her gedacht, ist Nachdenken und Tun für heute und morgen – wird dies nicht offen gelegt und reflektiert, betrügt der Historiker sich selbst sowie seine Hörer und Leser. Objektivität ist nur als Postulat in schrittweisen Annäherungen realisierbar. Dass eine Darstellung der Geschichte stets auch eine Deutung für Gegenwart und Zukunft enthält, braucht deren Wissenschaftlichkeit nicht zu widersprechen, solange methodische Regeln und Standards für die Gewinnung von Ergebnissen Beachtung finden.

Die moderne Organisation der Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin bildete sich an den damals führenden deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert aus. Der Unterricht in der kritischen Benutzung von Quellen

unter Beachtung hilfswissenschaftlicher Fragestellungen erfolgte in den Historischen Seminaren, welche an den Lehrstühlen für Geschichte entstanden. Die Lehrstühle spezialisierten sich nach den Großepochen des Altertums, des Mittelalters und der Neuzeit. Weitere Differenzierungen erfolgten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, vor allem die Auffächerung der Geschichte der Neuzeit in Frühe Neuzeit (16. bis 18. Jahrhundert) und Neueste Geschichte (19. und 20. Jahrhunderts), wozu oft noch die Zeitgeschichte als eigenes gegenwartsnahes Feld von Forschung und Lehre tritt. Die Zeitgeschichte als die Epoche der jeweils Mitlebenden und deren wissenschaftliche Bearbeitung ist dabei keineswegs erst unter dem Eindruck der Umbrüche und Katastrophen des 20. Jahrhunderts entdeckt worden, sondern war seit der Antike stets ein wichtiges Feld historischer Arbeit. In der Gegenwart wurde freilich der Wert der Zeitgeschichte für die politische Bildung verstärkt betont, und diese wurde im Schulunterricht sowie in der medialen Geschichtspräsentation nachdrücklich verankert. Dabei droht allerdings oft die Kenntnis älterer Epochen und das Denken in längerfristigen Zusammenhängen verloren zu gehen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist durch die Nachwirkung des Geschichtsbruchs von Nazi-Diktatur und Zweitem Weltkrieg einerseits die Beschäftigung mit der Geschichte sehr aufgewertet, andererseits durch die Konzentration auf das Dritte Reich und seine Vorgeschichte bedenklich verkürzt worden. Die nationale Geschichte der Deutschen erscheint als Katastrophengeschichte, wobei sich freilich meistens die Geschichte der Bundesrepublik als ein einzigartiger Erfolg abhebt. Für das 20. Jahrhundert kann einem solchen Erzählschema von Niedergang und Aufstieg wohl zugestimmt werden. Es wird jedoch immer dann hochproblematisch, wenn die Niedergangsgeschichte allzu weit in die Vergangenheit zurückprojiziert wird und

die Entwicklung gleichsam alternativlos und teleologisch auf Adolf Hitler und die deutsche Katastrophe hinzulaufen scheint. Eine solche abwertende Sicht der älteren deutschen Geschichte kann zwar eine zusätzliche Glorifizierung der bundesdeutschen Gegenwart begründen, zerstört aber ohne Not den Blick auf wertvolle und beachtenswerte Kontinuitäten der deutschen Geschichte, deren Tiefendimension von mehr als 1000 Jahren nicht dem Vergessen anheim gegeben werden sollte.

Bedenklich wäre eine solche geschichtsverdrängende Zielrichtung vor allem auch deswegen, weil damit der Blick auf Europa verdunkelt würde und die Frage nach der über Jahrhunderte gewordenen Identität Europas, zu welcher die Deutschen in allen Epochen beigetragen haben, gar nicht mehr zureichend gestellt und beantwortet werden könnte. Da Epochen der Umbrüche stets auch Zeiten des Vergessens sind, besteht die akute Gefahr, dass die Gegenwart einen Traditionsbruch mit sich bringt, welchem auch die positiven Bestandteile des europäischen Erbes zum Opfer fallen. Geschichtsschreibung und Geschichtsvermittlung haben hier eine Aufgabe, einem derartigen Vergessen entgegen zu wirken. Inwieweit der Geschichtsunterricht an den Schulen diese Aufgabe wahrnehmen kann, bleibt allerdings fraglich, da er einerseits mit dem dramatischen Geschichtsverlust in der Gesellschaft direkt konfrontiert ist und andererseits von bildungspolitischen Vorgaben der *political correctness* abhängig bleibt.

Ortsbestimmung für praktisches Handeln

Die Gegenwart des beginnenden 21. Jahrhunderts ist von sich beschleunigt verändernden Wirkmächten bestimmt: Nach dem Ende des Kalten Krieges sind wir mit einer multipolaren Welt, den widersprüchlichen Tendenzen der Glo-

balisierung, großräumigen Migrationsbewegungen und einem Kampf der Kulturen vor allem zwischen dem Westen und Teilen der islamischen Gesellschaften sowie in dem erweiterten Raum der Europäischen Union mit Kräften der Europäisierung und der Renationalisierung konfrontiert. Zur Aufklärung über die verschiedenen Konfliktzonen und Konfliktlagen kann die Geschichtswissenschaft einen wesentlichen Beitrag leisten, der freilich stets die historische Tiefendimension beachten sollte, das heißt konkret, über das 20. und das 19. Jahrhundert hinaus zurückblicken muss. Konflikte, wie etwa die wieder aktuell gewordenen Differenzen zwischen Orient und Okzident oder zwischen dem alten westlichen und dem neuen östlichen Europa – im Sinne des ehemaligen amerikanischen Verteidigungsministers Donald Rumsfeld –, reichen nicht bloß wenige Generationen zurück. Dies gilt vor allem, wenn der schnelllebige und vergessliche Westen mit Gesellschaften zusammenstößt, welche über ein langes geschichtliches und kulturelles Gedächtnis verfügen und in dessen Horizont zu handeln gewohnt sind, wie es bei den Ländern des Islam, aber auch bei den neuen EU-Mitgliedern in Ostmitteleuropa der Fall ist.

Der deutsche Traditionsbruch stellt in manchem die neueste Variante deutscher Sonderwege dar. Eine Antwort auf frühere, verhängnisvolle Sonderwege sollte nicht nur in einem „langen Weg nach Westen“ (so der Historiker Heinrich August Winkler) gesucht werden – der auch zu einem Tunnelblick werden kann –, sondern die Position Deutschlands in der Mitte Europas muss janusköpfig als Osten des Westens und Westen des Ostens historisch reflektiert und gerade auch in dem neuen Europa nach dem Ende des Ostblocks fruchtbar gemacht werden. Spezifische in der deutschen Geschichte ausgebildete Traditionen, wie etwa der Föderalismus, der Polyzentrismus, die Kleinstaatlichkeit, die kommunale Selbstverwaltung und die konfessionelle

Parität, sollten dabei betont und gerade auch gegen den westeuropäischen nationalen Zentralstaatsgedanken stark gemacht werden. Anders akzentuierende Tendenzen der deutschen Geschichtsschreibung, die sich vor allem von der Rolle des untergegangenen preußischen Staates in der deutschen Geschichte herleiten, sind kritisch zu bewerten – ohne freilich die zeitweise politische und kulturelle Bedeutung Preußens für Deutschland als Ganzes zu negieren.

Eine deutsche Geschichte, welche ohne hegemoniale Ansprüche auch die Geschichte aller deutschsprachigen Länder und des deutschen Sprachraums einbezieht, bleibt gerade im europäischen Kontext noch eine zu bearbeitende Aufgabe. Aktuell gibt es in diesem Punkt eher Tendenzen zur nationalstaatlichen Abgrenzung in der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Österreich und der Schweiz beziehungsweise in Liechtenstein und Luxemburg oder zur Marginalisierung, was den alten deutschen Sprachraum im Osten betrifft.

Für die Beantwortung der aktuellen Frage nach dem Wesen Europas und seinen Grenzen kann die Geschichtswissenschaft ohne Zweifel fundierte Antworten geben. Freilich wird sie diese Aufgabe nur dann überzeugend lösen, wenn sie ihr Beobachtungsfeld in Zeit und Raum breit genug definiert. Geschichte Europas heißt (prononciert: von heute) drei Jahrtausende zurückzublicken – bis zu den Anfängen des alten Griechenland und des alten Israel –, und es heißt in differenzierender und vergleichender Weise die mannigfachen gleichzeitigen Erscheinungsformen der europäischen Völker und Kulturen zu betrachten. Das Fehlen einer monolinearen Einheit und die Vielfalt der Sprachen und Erfahrungsräume sind gerade das Kennzeichen Europas, welches ohne ein geschichtliches Verstehen kaum adäquat beschrieben werden kann. Der Ort der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen in der Mitte Eu-

ropas kann nur durch eine derartige historische Ortsbestimmung zureichend erfasst werden. Kein Volk in Europa hat so viele Nachbarn wie die Deutschen, und die inneren Differenzierungen in unserem Land verändern sich – über das historisch Ererbte hinaus – mit der Zuwanderung fast täglich. Dem wird nur eine komplexe und historisch kompetent beratene Sicht im praktischen Handeln Rechnung tragen können. Nicht zuletzt um einer solchen Information und Orientierung willen ist das Fach Geschichte in Schule und Universität, aber auch in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Weiterbildung unverzichtbar. Eine Reduktion oder gar Beseitigung hätte nicht wieder gut zu machende negative Folgen für die politischen Diskurse in der demokratischen Gesellschaft.

Im Folgenden möchte ich auf einige in der aktuellen Diskussion um die Geisteswissenschaften immer wieder gestellte Fragen eingehen – und dies mit Blick auf die Geschichtswissenschaft.

Leistung für die Gesellschaft

Was leisten die Geisteswissenschaften für die Gesellschaft? Stiften sie Orientierung, antworten sie auf die Frage nach dem Warum unserer Zeit und Gesellschaft? Worin liegt ihre Zukunft?

Die zweite Teilfrage ist natürlich mit Ja zu beantworten. Daraus folgt die Notwendigkeit der Pflege und Förderung von Geisteswissenschaften in der Gesellschaft. Gegenüber den Natur- und den Sozialwissenschaften ist ein unterschiedliches Anforderungs- und Interessenprofil zu betonen. Es muss strikte Beachtung finden, dass Geisteswissenschaft wesentlich auf Einzelforschung aufbaut und nicht auf Verbundforschung. Maßgebend ist dabei auch die Verankerung der meisten dieser Fächer in den Lehrplänen

der allgemein bildenden Schulen. In den Schulen wird die größte gesellschaftliche Breitenwirkung von Geisteswissenschaften erreicht. Die wissenschaftliche Ausbildung von Lehrern und die wissenschaftliche Ausrichtung von Lehrplänen sind die stabilste Verankerung von geisteswissenschaftlichen Denkweisen und Perspektiven in der Gesellschaft. Auch historisch ist die Entstehung der einschlägigen Disziplinen aus den *artes liberales* eng mit dem Zweck der Ausbildung von Lehrkräften verbunden gewesen. Entsprechend gilt es, wissenschaftspolitisch und auch systematisch zwischen den Lehrer-bildenden Fächern, wie etwa Deutsch und Geschichte, und den Nicht-Lehrer-bildenden Fächern zu unterscheiden. So wie für eine Volluniversität die Geisteswissenschaften unverzichtbar sind, so ist es auch die wissenschaftliche Lehrerbildung, die ihren Ort an den Universitäten behalten muss. Demgegenüber können die so genannten kleinen kulturwissenschaftlichen Fächer durch überregionale Zentrenbildung konzentriert werden. Nicht jede Universität benötigt jede „Orchidee“.

Die Zukunft der Geisteswissenschaften muss in jeweils enger Abstimmung mit der Zukunft der Schulen und der Lehrplangestaltung gesucht werden. Es wäre deshalb wünschenswert, die erst vor etwa 30 Jahren in den deutschen Bundesländern eingeführte Zweiteilung in Wissenschaftsministerien und Kultusministerien zu überdenken und zu den ungeteilten Kultusministerien mit einer Zuständigkeit für Schule und Hochschule zurückzukehren.

Die Einheit von Forschung und Lehre – ein Prinzip, das meistens mit dem preußischen Universitätsreformer Wilhelm von Humboldt verbunden wird – muss gerade auch für die Lehrer-bildenden Geisteswissenschaften gelten. Eine Abkehr von diesem Prinzip oder eine Infragestellung, wie sie immer wieder verdeckt praktiziert wird, ist verhängnisvoll. Die Zukunft des Industrielandes Deutschland

wird maßgeblich von der Qualität seines Schulsystems abhängen, so dass wissenschaftlich gut ausgebildete Lehrer unverzichtbar sind. Nur wer selbstständiges analysierendes Denken gelernt hat, vermag dies weiterzugeben. Gerade die besten Geisteswissenschaftler müssen deshalb für die Lehrerausbildung tätig sein und dürfen gerade nicht von der Lehre freigestellt werden (was allzu häufig seitens der Universitätsleitungen und Ministerien geschieht!).

Verständliche Vermittlung

Die Differenzierung der Geisteswissenschaften nimmt zu, außerhalb der Expertenkulturen lässt sich ihre Bedeutung kaum mehr vermitteln. Was muss anders werden?

Für Geisteswissenschaftler sollte eine allgemein verständliche Sprache bei der Darstellung und Vermittlung ihrer Ergebnisse eine Selbstverständlichkeit sein. Der Jargon der Eigentlichkeit und das Verwenden von pseudoenglischen Wortneuschöpfungen sind schlimme Fehlentwicklungen, die dem Ansehen der Geisteswissenschaften im 20. Jahrhundert schwer geschadet haben. Die so genannte Expertenkultur ist vielfach nur die Gemeinsamkeit eines hermetischen Fachjargons und selbstgenügsam verspielten akademischen Sprachstils. Dahinter verbirgt sich eine elitär abgehobene, selbstreferentielle Gruppenmentalität – ein Auflösungsprodukt der Bildungsbürgerlichkeit des 19. Jahrhunderts.

Fähigkeiten im Sprechen und Schreiben einer gepflegten deutschen Wissenschaftsprosa müssen als eine Voraussetzung für wissenschaftliche Arbeit in Forschung und Lehre angesehen werden. Interdisziplinäre Kontakte können dann auch sehr viel konstruktiver aufgebaut und gepflegt werden. Geisteswissenschaftler sollten um ihrer Erfolgskontrolle willen regelmäßig an Volkshochschulen, in der Erwachse-

nenbildung und im Seniorenstudium unterrichten. Für Historiker bilden Vorträge in Geschichtsvereinen und der politischen Bildungsarbeit ein wünschenswertes Korrektiv. Es versteht sich von selbst, dass die Sprache der Geisteswissenschaften die jeweilige Nationalsprache und nicht das schlichte Gebrauchsendenglisch ist, das in den Natur- und Ingenieurwissenschaften seinen guten Sinn hat, manchmal aber als verallgemeinerbare Wissenschaftssprache missverstanden und propagiert wird. Geisteswissenschaften mit Qualitätsanspruch müssen sich differenziert ausdrücken können, und dies ist auf hohem Niveau nur sehr selten in einer Sprache möglich, die nicht die Muttersprache ist.

Bildungs- und Ausbildungsziele

Welche Bildungs- und Ausbildungsziele müssen die Geisteswissenschaften heute anstreben? Sind die derzeit eingeleiteten politischen Reformen (Bologna-Prozess, Exzellenzinitiative etc.) und die schulischen Voraussetzungen geeignet, diese Ziele zu fördern? Brauchen die Fächer einen Bildungskanon?

Ein disziplinärer Wissenskanon und ein Kanon an Fragestellungen und Methoden sind für jedes wissenschaftliche Fach unerlässlich. Die Schule muss dafür die Voraussetzungen wie vor allem Sprachbeherrschung und ein kulturelles Grundwissen schaffen. Eine Philosophie der Beliebigkeit ist kontraproduktiv, auch wenn sie mit Phrasen von Interdisziplinarität vernebelt wird. Im Schulunterricht, vor allem aber im Betrieb der Wissenschaften an der Universität, ist eine strikte Disziplinarität die beste Grundlage für interdisziplinäre und transdisziplinäre Zusammenarbeit.

Der Bologna-Prozess und die Exzellenz-Initiative sind nicht koordinierte politische Unterfangen, die sich gegen-

seitig blockieren werden. Durch „Bologna“, das mit Europa-kompatibilität begründet wird, soll eine stark verschulte Breitenausbildung großer Teile eines Jahrgangs in kurzer Zeit gewährleistet werden, wodurch zumindest auf der BA-Ebene höhere wissenschaftliche Ansprüche zurückgefahren werden müssen. Die Exzellenzinitiative dient demgegenüber als ein nationales Projekt vor allem der Spitzenforschung in den Natur- und Lebenswissenschaften und deren ökonomischer Nutzung. Durch die politisch gewünschte Differenzierung der Hochschulen wird eine der beachtenswertesten Leistungen der Bundesrepublik zwischen 1949 und der Jahrtausendwende, nämlich das breite Angebot von relativ gleichwertigen Studienchancen in allen Landesteilen, über Bord geworfen. Dieses von der Bundesregierung unter Gerhard Schröder initiierte nationalpolitische Projekt macht den Aufbau von Regionaluniversitäten als gleichberechtigte Neugründungen teilweise wieder rückgängig und ist als Teil einer Reduktion des „sozialen Bundesstaates“ (GG Art. 20,1) zu betrachten.

Es kann nur als ein Horror-Szenario bezeichnet werden, wenn sich demnächst die Universitäten in Deutschland – ähnlich wie es bereits in anderen Ländern der Fall ist – in Forschungsuniversitäten und Ausbildungsuniversitäten, die Professorenschaft in Forschungsprofessoren und Lehrprofessoren unterscheiden könnten. Vorstellungen, dass etwa das Promotionsrecht auf Forschungsuniversitäten und Forschungsprofessuren begrenzt werden sollte, komplettieren ein Bedrohungs-Szenario. Für die Geisteswissenschaften wären solche Regelungen tödlich, weil sie dem schöpferischen Einzelforscher an einer so genannten Provinzuniversität keine Chance mehr ließen. Geisteswissenschaften benötigen jedoch existenziell Vielfalt, zu der neben der Vielfalt der Einzelpersönlichkeiten auch die regionale und institutionelle Vielfalt gehören muss.

Interdisziplinarität

Inwieweit ist der immer wieder geforderte interdisziplinäre Dialog zwischen den Naturwissenschaften und Ihrem Fach realistisch?

Der Dialog ist sehr schwierig. Dennoch sollte er versucht werden. Die Zusammenarbeit in einer Volluniversität ist ohne Zweifel eine wichtige institutionelle Klammer. Deshalb muss das breite Spektrum der Wissenschaften – und zwar ausdrücklich einschließlich der Medizin – in den Universitäten erhalten bleiben.

Chancen auf dem Arbeitsmarkt

Wie beurteilen Sie die Chancen Ihrer Studenten auf dem Arbeitsmarkt, der mehr und mehr berufs- und praxisbezogene Qualifikationen fordert?

Das Lehrerstudium muss weiterhin die Hauptverankerung des Faches Geschichte bilden. Die Einstellungspraxis der Bundesländer wird hoffentlich nicht wieder Engpässe wie in den 1980er und 1990er Jahren eintreten lassen. Im Übrigen vermittelt das durch ein geschichtswissenschaftliches Studium zu erwerbende historische Denken eine kulturelle Schlüsselqualifikation, die in Publizistik, Medien, Kulturmanagement, Politik etc. durchaus ihren Marktwert hat, wie zahlreiche Karrierebeispiele von Geschichtsabsolventen belegen. Die Fähigkeit, Phänomene als Ergebnis komplexer Entwicklungen zu begreifen, genetisch einzuordnen, Faktoren zu differenzieren und zu unterscheiden sowie nach beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen zu fragen, schärft das analytische Denken und verhilft auch zu Urteilskraft in den gegenwärtigen Herausforderungen von Politik und Gesellschaft. Historisch arbeitende Geis-

teswissenschaften müssen deshalb um der selbstreflexiven Kraft und des kritischen Potenzials unserer Gesellschaft willen einen festen Platz in der Öffentlichkeit – vor allem im öffentlichen Bildungswesen – haben.